

un dat vunne Waterkant ... düit un dat vunne Waterkant ... düit un dat vunne Waterkant ... düit un dat vunne Waterkant ...

Munitionsbelastung größer als bisher angenommen

Als 2006 der erste Artikel über Munition im Meer in WATERKANT erschien, war das Ausmaß der Bedrohung von Mensch und Umwelt erst in Ansätzen bekannt. Heute ist aktenkundig, dass viele theoretische Überlegungen zur Gefahrenlage Realität sind: Munition aus beiden Weltkriegen wurde in Nord- und Ostsee in riesigen Mengen kostengünstig entsorgt; allein in deutschen Küstengewässern liegen mindestens 1,6 Millionen Tonnen. Es sind tickende Zeitbomben – Munition kann jederzeit detonieren und töten, wofür sie ja eigentlich hergestellt wurde; Munition rostet und setzt irgendwann ungeheure Mengen giftiger Schadstoffe frei, Resultat sind krebserkrankende Fische und schwer verletzte Strandbesucher, die Phosphor statt Bernstein gesammelt haben. Die Öffentlichkeit weiß darüber bislang wenig.

Anfang Juni präsentierte Radio Bremen die eindrucksvolle Reportage „Bomben im Meer“: Optimaler Termin in der Primetime der ARD, höchst ärgerlich die nur gut einwöchige Verfügbarkeit in der Mediathek. Der Film bestätigt Zweifel, dass die zuständigen Behörden die vielfältigen Probleme mit diesen Rüstungsaltslasten wirklich



Foto: Boris Mahlau

lösen wollen – denn wie so oft ist immer der andere zuständig oder man verweigert die Aussage. Umso mehr überraschender nun dies: Im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern hat die LINKE eine Anfrage zur Landesraumplanung gestellt – die Antwort kam aber nicht vom Infrastrukturminister Christian Pegel (SPD), sondern vom Innenminister Lorenz Caffier (CDU), zuständig für Sicherheit.

Die mit Munition belastete Fläche der Ostsee vor der Landesküste soll rund 23-mal größer sein als bisher bekannt, nämlich 15.138 statt nur 650 Quadratkilometer. Neueste Recherchen hätten ergeben, dass fast das gesamte Küstenmeer als militärisches Schießgebiet gedient habe, auf dem Ostseegrund sei mit dem Vorhandensein von Kampfmitteln aus knapp 150 Jahren, seit Gründung der Kaiserlichen Marine 1872, zu rechnen. Teilweise würde die Bundesmarine die Flächen noch heute für Schießübungen nutzen. Allerdings bedeutet laut Landesregierung die festgestellte Kampfmittelbelastung „zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Gefährdung“. Nutzungen wie Sandentnahme, Leitungsverlegung und Bau von Offshorewindparks

müssten mit Einschränkungen rechnen, Tourismus, Fischerei und Schifffahrt seien nicht betroffen. Die zahlreichen Munitionsoffer an den Usedomer Stränden und auf Fischkuttern dürften sich verhöhnt fühlen.

Schießgebiete sind jedoch nur ein Teil des Problems – viel stärkere Beachtung verdienen auch die in Massen durch Kriegshandlungen eingebrachte oder durch Sowjetarmee und NVA versenkte Munition (Foto). Die Landesregierung wiegelt aber ab: „Solche Kampfmittelmengen mit einem derartigen Gefahrenpotential sind vor der Ostseeküste von Mecklenburg-Vorpommern nicht bekannt“. Eine Dokumentation der tatsächlichen Belastung des Ostseegrundes fehlt aber bisher: Ein akutes Versäumnis.

Quelle: Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 7 / 3551 vom

29. Mai 2019;

https://kurzlink.de/lt-mv_07-3551

Warten auf Verbindung

Alle wollen die Elbfähre zwischen Cuxhaven und Brunsbüttel – sagen alle. Aber die Verbindung kommt bislang nicht zustande. Eigentlich hätte es in diesem Frühjahr wieder losgehen sollen mit der im Sommer 2015 eingerichteten Fährlinie, die dann aber gut zwei Jahre später wegen interner Streitigkeiten der Betreiber wieder eingestellt werden musste. Ein lokaler Betreiber, der Spediteur Heinrich Ahlers aus Brunsbüttel, hat zwar Ende vergangenen Jahres die neue Fährgesellschaft „Elbferry“ gegründet und angekündigt, mit Hilfe einer Hamburger Investorengruppe und einer Mischung aus Bankdarlehen und Eigenkapital eine norwegische Doppelendfähre zu erwerben. Aber diese „Fanafjord“ liegt derzeit noch immer in Norwegen, denn jüngsten Meldungen zufolge soll die geplante Finanzierungsbank sich im letzten Moment zurückgezogen haben. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieser Ausgabe war seitens des bekannten Cuxhavener Arbeitsrechtlers und LINKEN-Politikers Rolf Geffken eine Initiative geplant, um die Fährverbindung in öffentlicher Hand zu betreiben, Ahlers soll der Idee „aufgeschlossen“ gegenüberstehen. Auf der anderen Elbseite indes ist man da skeptisch: Brunsbüttels Bürgermeister Martin Schmedtke würde zwar „eine dauerhafte Fährverbindung sehr begrüßen“, sieht aber die Stadt ebenso wenig als potenziellen Betreiber wie Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP) schon mehrfach abgewunken hat. Hauptgrund dürfte die bestehende, privat betriebene Fährlinie Glückstadt-Wischhafen sein, Schmedtke sagt, deren Betreiber würden „ganz genau hinsehen - und zu recht“, was in Sachen Fähre Brunsbüttel-Cuxhaven geschehe.

Quelle: HANSA online vom 28. Februar 2019; „Dithmarscher Landeszeitung“ vom

13. Juni 2019

„No grandi navi!“

So langsam haben die Menschen in Venedig die Kreuzfahrtschiffe satt. Von den Riesen profitieren die Reedereien und die Terminal-